

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/207

29. Oktober 1975

Ohnmacht statt Führungskraft

Helmut Kohl hat vor Franz Josef Strauß kapituliert

Von Wilhelm Dröscher MdL

Mitglied des SPD-Präsidiums und Oppositionsführer
in Rheinland-Pfalz

Seite 1 und 2 / 86 Zeilen

Mainz bestätigt SPD-FDP-Gemeinsamkeiten

FDP-Parteitag brachte die Absage an die CDU/CSU

Seite 3 / 44 Zeilen

Permanente Medien-Obstruktion der CDU

Ein Zettelkasten aus dem Konrad-Adenauer-Haus

Von Dr. Klaus-Detlef Funke

Mitglied der Kommission Massenmedien beim SPD-
Vorstand

Seite 4 und 5 / 48 Zeilen

Betrifft: "Blatt-Schüsse aus Niederbayern"

Seite 6 und 7

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-18
Postfach: 129 409
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 37 99 27 - 30
Telefax: 02 28 648 - 00 pbon d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 95 11

Ohrnmacht statt Führungskraft

Helmut Kohl hat vor Franz Josef Strauß kapituliert

Von Wilhelm Dröschner MdL

Mitglied des SPD-Präsidiums und Oppositionsführer in Rheinland-Pfalz

Wer die Marschroute in der Union befiehlt, wer den Weg in das Wahljahr 1976 bestimmt, wird von Tag zu Tag deutlicher: Es ist nicht der Kanzlerkandidat und CDU-Vorsitzende aus Mainz, es ist der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß aus München. Und in der praktischen Politik des Herrn Kandidaten ist von Tag zu Tag weniger der Nebel von Mannheim zu verapüren, sondern der "Geist von Sonthofen".

Dr. Kohls Erklärung zum deutsch-polnischen Vertrag, seine Kapitulation vor Franz Josef Strauß, hat die ganze Ohrnmacht des Mannes erkennen lassen, der von sich glaubt, er sei in der Lage, das Mainzer mit dem Bonner Regierungsteam vertauschen und die Bundesrepublik Deutschland kraftvoll und Überzeugend vor der Welt repräsentieren zu können.

Wenn der erste Mann der Union (für den besten hält die CSU bekanntlich ohnehin Strauß) es sich noch nicht einmal erlauben darf, wenigstens "befremdet" zu sein, wenn der CSU-Chef versucht, seine Richtlinien in die CDU und in die CDU-regierten Landesregierungen hinein zu tragen, so spricht das Bände. Spätestens von diesem Zeitpunkt an, da Kohl so deutlich kuechte, war für jeden, der den Mann aus Mainz kennt, eindeutig klar, daß Kohl in der Sache dem Bayern und dem rheinland-pfälzischen Vertrauten von Strauß und Dregger, Dr. Werner Marx, folgen, also gegen die deutsch-polnischen Vereinbarung und besonders gegen den vom Bundesrat zu billigenden Rentenvertrag stimmen würde.

Daß Kohl gegen eigenes besseres Wissen agiert, wird man schon deshalb annehmen dürfen, weil er Ratschläge ihm besonders nächstehender Unions-Freunde kurzerhand in den Wind schlug. Daß er notgedrungen die abweichenden Ansichten eines Richard von Weizsäcker, eines Walther Laibler Kiep und eines Gerhard Schröder, auf Kommando vom Tisch fegte, sagt alles aus. Selbst über Einwände eines seiner eigenen Kabinettsmitglieder, des Sozialministers Heinrich Geißler, setzte Kohl sich hinweg, ehe im Kabinett eine Grundsatz-aussprache über dieses schwerwiegende Problem möglich geworden war.

Noch am Montag, dem 27. Oktober, konnte sich die "Mainzer Allgemeine Zeitung" auf ein Gespräch mit diesem Kohl-Minister Geißler berufen, wonach eine Ablehnung der deutsch-polnischen Vereinbarungen durch die CDU/CSU im Bundestag nicht automatisch auch eine Zurückweisung durch die von der CDU-regierten Länder im Bundesrat bedeuten müsse, weil diese Entscheidung von der Beantwortung sozialer und finanzieller Fragen durch die Bundesregierung abhängt. Die Möglichkeit einer unterschiedlichen Stimmabgabe in Bundestag und Bundesrat erklärte Geißler mit der unterschiedlichen Aufgabenstellung. Für den Bundesrat stelle sich darüber hinaus die Frage, ob dieses Gremium

eine völkerrechtliche Vereinbarung der Bundesregierung zu Fall bringen sollte, die im humanitären Bereich auch positive Aspekte aufzuweisen habe.

Am Dienstag, dem 27. Oktober, aber hatte Kohl in Bonn der CDU/CSU bereits empfohlen, gegen die Vereinbarungen im Bundestag zu stimmen und für sich angekündigt, er werde als Ministerpräsident im Bundestag dagegen votieren. Da aber am Dienstag in Mainz das Kabinett des Herrn Kohl (der immer weniger Zeit für dieses Dienstatgeschäft hat) gantztägig zu schwierigen Haushaltsberatungen zusammengetreten und auch Journalisten gegenüber eine spätere Kabinettsentscheidung in Sachen Polen-Vertrag angekündigt worden war, liegt auf der Hand, daß die Kohl-Regierung dieses schwierige und schwerwiegende Vertragswerk gar nicht unter den von Geißler aufgezeigten Aspekten diskutiert haben konnte.

Auch die Bundesregierung konnte auf die sozialen und finanziellen Fragen, von deren Beantwortung Geißler die Entscheidung der CDU-regierten Länder abhängig machte, inzwischen natürlich nicht antworten, trotzdem aber ist Kohl ohne diese Antworten auf Strauß-Dregger-Marx-Kurs gegangen, der für ihn und seine Mainzer Regierung fraglos ein aufgezwungener Kurs ist.

An außenpolitischen Erfahrungen hat es dem CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl bisher auch nach Meinung seiner Freunde gemangelt, aber politische Freunde und Gegner attestierten ihm doch die gute Absicht, sich außenpolitische Kenntnisse auch draußen in der Welt zu verschaffen, zuletzt in der UdSSR und demnächst, im Frühjahr 1976 voraussichtlich, möglicherweise auch in der Volksrepublik Polen. Sicher werden Strauß und Dregger gegen diese Absicht zu Felde ziehen, und der Kanzler-Kandidat Kohl wird wohl auch nachgeben, wie bisher nach in jedem strittigen Fall. Kohl sollte aber dennoch unbedingt nach Polen fahren, gerade jetzt, nachdem er sich an die vorderste Front jener begeben hat, die um eines kurzzeitigen innenpolitischen Vorteils willen die deutsch-polnische Aussöhnung unmöglich machen wollen, damit aber zwangsläufig die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Union total blockieren.

Als die Union Dr. Helmut Kohl als Kandidaten für das Amt des deutschen Regierungschefs nominierte, meinte sie, seine Führungsqualitäten nutzen zu sollen. Jetzt, nach wenigen Monaten, ist es unübersehbar: Hinter Kohls starken Worten verbirgt sich nicht Führungskraft, sondern tatsächliche politische Ohnmacht! Daß ausgerechnet Strauß es war, der dies schon vor Jahren offen ausgesprochen, daß Kohl ein "Filzpantoffelpolitiker" sei, kann nur Strauß selbst fröhlich stimmen, denn ein starker demokratischer Staat hat auch Anspruch auf einen starken und überzeugenden Politiker als ersten Mann der parlamentarischen Opposition. (-/29.10.1975/wl/pr)

+ + +

Mainz bestätigt SPD-FDP-Gemeinsamkeiten

FDP-Parteitag brachte die Abgabe an die CDU/CSU

Manch einer war zum dreitägigen FDP-Parteitag nach Mainz gekommen, um registrieren zu wollen, daß es kaum noch Gemeinsamkeiten zwischen den Freien Demokraten und den Sozialdemokraten gebe. Er wurde in seinen Erwartungen bitter enttäuscht. Eindrucksvoll bestätigte der FDP-Kongreß, daß die Basis für eine weitere fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Koalitionspartnern in Bonn gegeben ist. Genauso deutlich wurde auch, daß die Unions-Parteien für Freie Demokraten gegenwärtig und wohl auch für die nächste Zukunft nicht koalitionsfähig sind. Die vielen Gemeinsamkeiten und Berührungspunkte zwischen SPD und FDP sind noch lange nicht ausgeschöpft. Die sozialliberale Koalition hat noch eine Reihe von gemeinsamen Vorhaben zu verwirklichen, wozu auch die Zeit nach der Bundestagswahl 1976 erforderlich sein wird. Ungeschattet dessen wurde die Eigenständigkeit der FDP in Mainz eindrucksvoll unterstrichen. Das Bemühen, sich als eine eigenständige politische Kraft zu profilieren, war unüberhörbar.

Erfreulich war in Mainz zu vermerken, daß die FDP-Führungsspitze geschlossen und entschlossen dafür eintritt, die Reformvorhaben, die sich die Koalitionsparteien für diese Legislaturperiode zur Aufgabe gestellt haben, zu verwirklichen. Das gilt auch für die Mitbestimmung. Der Vorschlag des NRW-Landesvorsitzenden Dr. Horst-Ludwig Riemer, die Mitbestimmungsregelung möglicherweise bis nach der Bundestagswahl zu vertagen, hat bei den Delegierten kein Echo gefunden.

Erstmals wurden in Mainz von Freien Demokraten auf einem Parteitag langfristige Perspektiven einer Wirtschaftspolitik erörtert. Auch bei der FDP beginnt sich hier eine differenzierte Betrachtungsweise durchzusetzen, wobei ein starker Nachholbedarf überdeutlich wurde. Viele Freie Demokraten sind nicht mehr bereit, den Vorschlägen ihrer "Experten" blindlings zu folgen. Sie wollen eine Programmatik haben, die von der gesamten Partei getragen werden kann. Das Image der reinen Wirtschafts- und Unternehmerpartei soll endgültig der Vergangenheit angehören. Mit der wirtschaftspolitischen Diskussion in Anschluß an das Grundsatzreferat des stellv. FDP-Vorsitzenden, Bundeswirtschaftsminister Dr. Hans Friderichs, ist ein Prozeß der differenzierten Betrachtungsweise eingeleitet worden, der fortgesetzt werden muß.

Wer bei dem Hamburger FDP-Parteitag vor einem Jahr bei der Wahl Hans-Dietrich Genschers zum Parteivorsitzenden noch Bedenken hatte, ob dieser seiner Führungsrolle voll gerecht werden könne, wurde in Mainz eines Besseren belehrt: Genscher ist der unangefochtene und unbestrittene Parteivorsitzende der Freien Demokraten. In Mainz hat er auch jene Zweifel zerstreut, die befürchten lassen, daß er nicht voll hinter den Freiburger Thesen stehen könnte. Genscher ist gemeinsam mit Prof. Dr. Werner Maihofer und Wolfgang Mischnick der beste Garant, daß es kein Abrücken von Freiburg geben wird, auch wenn sich dies manche konservative Freidemokraten, für die etwa die Namen von Graf Lambsdorff oder Horst-Ludwig Riemer stehen, wünschen.

Gode Japs
(-/29.10.1975/wi/pr)

Permanente Medien-Obstruktion der CDU

Ein Zettelkasten aus dem Konrad-Adenauer-Haus

Von Dr. Klaus-Detlef Funke

Mitglied der Kommission Massenmedien beim SPD-Vorstand

Das medienpolitische Konzept der CDU/CSU ist bekanntlich als Wurmfortsatz der Vorstellungen der Verleger zu verstehen. In der Frage der wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen für die Presse zeigt sich dies ganz deutlich. In dieser Situation bringen der stellv. CDU-Sprecher Karl H. Pruys und der Publizistik-Wissenschaftler Volker Schulze ein Buch (Titel: "Macht und Meinung / Aspekte der SPD-Medienpolitik") heraus. Akribisch, aber antiquiert, weil nicht auf dem neuesten Stand, werden hier die pressepolitischen Beschlüsse der SPD aufgeführt und als Bedrohung der Pressefreiheit denunziert. Dem wird der Schrumpfungsprozeß der SPD-eigenen Presse gegenübergestellt.

Wer so die medienpolitischen Beschlüsse der SPD angeht, die - wie Pruys selber zugeben muß - als erste Partei ein entsprechendes Gesamtkonzept vorgelegt hat, kann nur dann ernstgenommen werden, wenn er ein eigenes glaubhaftes Alternativkonzept anbietet. Dies kann Pruys nicht. Schon gar nicht, was die CDU-eigene Presse anbetrifft: Sie ist längst vollständig von der Bildfläche verschwunden. Mittlerweile ist allerdings auch in der SPD klar, daß Parteizeitungen am kurzen Zügel nicht mehr beim Leser ankommen.

Aber Pruys wehrt sich auch dagegen, daß Betriebsräte und Redakteurausschüsse in die Lage versetzt werden sollen, auf der Grundlage optimaler Mitbestimmungsrechte verantwortungsvoll die Interessen von Technik und Redaktion wahrzunehmen und in wirtschaftlichen Angelegenheiten mitzuwirken. Zwischen den Zeilen liest man das CDU/CSU-Konzept: Aufrechterhaltung des Status quo. Der Verleger als sog. "Treuhand der Interessen der Leser" soll weiterhin allein unter dem Privileg des Tendenzschutzes publizistisch und wirtschaftlich wirken.

Pruys wittert überall dort eine "Zwangsjacke für das gedruckte Wort", wo es um die Stärkung der Rechte für die Arbeitnehmer im Pressebereich

und zur Sicherung der Pressefreiheit geht. Damit gibt er den ultra-konservativen Verlegern Schützenhilfe, die Front gegen tarifvertragliche und gesetzliche Regelungen publizistischer und betrieblicher Mitbestimmung machen. Daß solche Tarifverträge bei SPD-Zeitungen bereits praktiziert werden und funktionieren, das verschweigen die CDU-Autoren.

Eine pressepolitische Katastrophenpolitik steckt jedoch hinter der Übernahme des Alles- oder -Nichts-Standpunkts des Verlegerverbands in der Frage gesetzgeberischer Maßnahmen zum Schutze der Meinungsfreiheit und der Meinungsvielfalt. Die kompromißlose Ablehnung der wesentlichsten Ansätze für ein Bundespresserechtsrahmengesetz, die Novellierung der Landespressegesetze, die pressenspezifische Fusionskontrolle, die unseriöse Kritik am Stellenwert eines Pressestatistikgesetzes sowie die Forderung nach einem Selbstbedienungsladen für die Verleger in Form einer wirtschaftlichen Global- und Gießkannensubvention setzen die Politik der permanenten Obstruktion der CDU/CSU auf dem Gebiet der Medienpolitik konsequent fort.

Die Kooperation von NRZ und WAZ zeigt, wie notwendig gesetzliche Maßnahmen des Bundes sind zur Sicherung der Arbeitsplätze, zur Ausweitung der Rechte der Arbeitnehmer und zur Kontrolle publizistischer und wirtschaftlicher Machtzusammenballungen im Pressebereich. Dazu müssen CDU/CSU ihre Positionen überdenken. Ein Anti-SPD-Zettelkasten aus dem Konrad-Adenauer-Haus ist allerdings kein Konzept. (-/29.10.1975/wl/ee/pr)

+ + +

Gegendarstellung

Zu dem in Ihrem Pressedienst vom 2. Oktober 1975 unter dem Titel "Blatt-Schüsse aus Niederbayern - 'Schwarze' Monopolzeitungen in permanentem Wahlkampf" veröffentlichten Artikel übermitteln wir Ihnen folgende Gegendarstellung:

1/ Sie behaupten in den ersten beiden Absätzen Ihres Schriftstückes, wir hätten ein Fernschreiben des SPD-MdB Otto Wittmann bezüglich der Zuteilung von zusätzlich zwei Millionen DM für den Bau der Donaubrücke im Zuge der Verlegung der Bundesstraße 20 bei Straubing aus dem Konjunkturförderungsprogramm der Bundesregierung vom September 1975 in unserer Zeitung unberücksichtigt gelassen. Tatsache ist, daß wir das bei uns am 25.9.75 um 15.30 Uhr eingelaufene diesbezügliche Fernschreiben des Herrn Wittmann in vollem Wortlaut am 26.9.75, also zum frühestmöglichen Termin, auf der ersten Seite unseres Straubinger Lokalteils (Straubinger Rundschau) zweiseitig abgedruckt haben.

2/ Sie behaupten, daß Journalisten, die sich in Berufsverbänden organisieren oder, wie Sie es ausdrücken, "den Rücken stärken" wollen, gehen müßten. Tatsache ist, daß es in unserem Verlag wie in jedem anderen Verlag auch organisierte und nichtorganisierte Redakteure gibt. Organisierte Redakteure sind bei uns in verantwortlichen Positionen, sei es als Ressortleiter in der Zentralredaktion, sei es als Leiter von Außenredaktionen, tätig. Dies zeigt, daß in unserem Verlag kein Unterschied gemacht wird zwischen organisierten und nichtorganisierten Redakteuren. Noch nie mußte ein Redakteur bei uns gehen, weil er einem Berufsverband angehört.

3/ Sie behaupten ferner, wir würden hinsichtlich der von CSU und SPD veranstalteten Bonn-Fahrten unterschiedlich berichten. Tatsache ist, daß bei Auswertung sämtlicher Besuchsberichte im Ergebnis beide Parteien gleich berücksichtigt wurden.

4/ Sie behaupten ferner, bei der Bildberichterstattung über örtliche Monoratioren würden vor der Veröffentlichung entsprechender Bil-

der die SPD-Vertreter herausgeschnitten werden. Diese Behauptung ist falsch.

5/ Sie behaupten, wir hätten im Zuge der Berichterstattung über das Herbstmanöver "Große Rochade" den Besuch des CSU-Ministerpräsidenten Alfons Goppel ganzseitig mit Fotos gebracht, während der Besuch des sozialdemokratischen Bundesverteidigungsministers Georg Leber mit ein paar spärlichen Zeilen abgehandelt worden sei. Tatsache ist, daß über den Besuch des Ministerpräsidenten Goppel keine ganzseitige Reportage erfolgte. Die Berichterstattung über diesen Besuch beschränkte sich einschließlich eines Bildes auf eine Viertelseite. Tatsache ist ferner, daß auch über den Besuch des Bundesverteidigungsministers Leber in Text und Bild berichtet wurde (siehe Straubinger Tagblatt vom 19.9. und 20.9. 1975).

Hochachtungsvoll!

Dr. Hermann Belle
Mitherausgeber des
Straubinger Tagblatts

+ + +
Wir sind nach dem NWL-Pressgesetz verpflichtet, eine Gegendarstellung ab-
zudrucken, ungeachtet ihres Wahrheitsgehaltes.

+ + +
Zu "Blatt-Schüsse aus Niederbayern"

In einem vom SPD-Pressedienst am 2. Oktober 1975 veröffentlichten Kommentar "Blatt-Schüsse aus Niederbayern" heißt es: "Wer sich in den Berufsverbänden der Journalisten den Rücken stärken will, muß gehen" und: "Wurden die örtlichen Honoratioren bei irgendeinem Ereignis von öffentlichem Interesse auf einem Pressefoto aufgenommen, so wird der SPD-Vertreter vor der Veröffentlichung der Bilder sorgfältig herausgeschnitten." Wir erhalten diese Ausführungen nicht aufrecht.

+ + +
Nachhall in Niederbayern

Der SPD-Bundestagsabg. Otto Wittmann, der aufgrund des im SPD-Pressedienst abgedruckten Kommentars seiner Mitarbeiterin Maria Grüner vom "Straubinger Tagblatt" scharf angegriffen worden war ("Verleumdungskampagne der SPD") stellte in einer von der Zeitung am 17. Oktober 1975 veröffentlichten Gegendarstellung zu dem Artikel seiner Mitarbeiterin fest: "Inhaltlich beruht er auf jahrelanger Beobachtung der Veröffentlichungen des Straubinger Tagblatts, insbesondere der politischen Berichterstattung über die Wahlkreisaktivitäten von Abgeordneten."
(-/29.10.1975/bgy/pr)

+ + +
Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller